

# Gewerkschaft

**Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs**

Hauptschriftleitung: E. Dittmer  
Berlin SO 36, Schlesische Str. 42  
Fernsprecher: Amt F8 Oberbaum 9491

Berlin, den 10. Oktober 1931

Erscheint wöchentlich am Sonnabend  
Bezugspreis:  
Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

## Frontalangriffe der Unternehmer — Antwort der Gewerkschaften

**Neue Angriffsfrent der Unternehmer — Was sagen die Gewerkschaften dazu?  
Einheitsfront im Gesamt-Verband**

Die Brüning-Regierung scheint trotz ihrer Zentrums-  
spitze von Gott und Menschen verlassen zu sein. Seit  
zwei Wochen verzögert sie nun die Stellungnahme  
zu allen schwebenden Fragen und kündigt in der  
Presse immer wieder erneut an, daß die neue Notverordnung  
in „einigen Tagen“ erscheinen werde.  
Gewiß sind inzwischen allerhand An-  
deutungen herausgekommen über  
die Stellungnahme zu den Tarifver-  
trägen und zu den unverfälschten  
Anforderungen der Industriellen, die  
wieder einmal ein

### Kampfprogramm gegen die arbeitende Menschheit

entworfen haben, das zwar keine  
neuen Gedanken enthält, in seiner  
scharfmacherischen Tendenz aber doch  
für die gesamte Arbeitnehmerchaft  
sehr beachtenswert ist. Nachdem nun  
doch unzweifelhaft für jeden unab-  
hängig denkenden Menschen feststeht,  
daß neben der Weltwirtschaftskrise  
und den Nachwehen des Weltkrieges  
gerade die deutsche Privat-  
wirtschaft in ihrer Führung  
völlig verlagert hat, wäre es an der  
Zeit, diesen Katastrophenpolitikern  
endlich den Weg zu weisen. Aber die  
Herren fühlen sich in der gegenwärtigen  
Situation stärker denn je. Un-  
ablässig mahlt die Mühle des  
Lohnabbaues und der amtliche  
Schlichter kommt ihnen in der Hera  
Brüning-Stegerwald willig entgegen.  
Der ungeheure Lohn- und Gehalts-  
abbau der letzten Wochen und Mo-  
nate hat sich naturgemäß nicht nur  
für die Beteiligten fürchtbar aus-  
gewirkt, sondern auch die Wirtschaft  
selbst steht vor weiterem Zusammen-  
sinken. Dadurch, daß die Regierung  
Brüning sich nicht entschließen  
konnte, energischer vorzugehen gegen die Spekulanten und  
Kapitalverschieber, ist in den letzten Septemberwochen ein  
erneuter Kapitalabzug von mehr denn 232 Millionen Mark  
Gold und Devisen erfolgt. Es ist also offenkundig, daß  
massenhaft deutsche Wertpapiere ins Ausland gebracht wor-  
den sind und dort als ausländischer Besitz genannt oder ver-  
kauft werden. Insbesondere hat aber der Exporthandel und

haben auch die Exportindustrien die im Ausland vereinnahm-  
ten Gelder einfach in den dortigen Banken belassen. Das war  
doch leicht vorauszusehen, und es ist ein Skandal ohne-  
gleiches, daß auf diese Weise wieder ungeheure Kapital-  
verschiebungen vor sich gegangen sind. Weder Brüning-  
Regierung noch Reichsbank haben  
das Notwendigste getan, um diesen  
ungeheuerlichen Vorgängen vorzu-  
beugen. Man brütet, ob man nicht  
einen Weg finden kann, um das  
Tarifrecht zu schmälern, und versäumt  
dabei die wichtigsten Entscheidun-  
gen für unsere Finanzwirtschaft.

\* \* \*

Was Wunder, wenn die Spitzen-  
verbände des Unterneh-  
mertums, die sich ja oft genug  
als Katastrophenpolitiker bewiesen  
haben, jetzt zu einem Vorstoß gekom-  
men sind, der alles bisher Da-  
gewesene übertrifft. Es ist ein regel-  
rechter

### Frontalangriff auf die Lebenshaltung der Millionen Arbeitender,

aber auch ein neuer Vorstoß gegen  
die Arbeitslosen wie überhaupt gegen  
die ganze Sozialpolitik. Das Do-  
kument der Rückständigkeit  
deutscher Wirtschaftsführung  
hat nicht nur Tagesbedeutung. Nach  
einer Einleitung, in der berichtet  
wird, daß die Ratschläge der Indu-  
strie von seiten der Brüning-Regie-  
rung immer wieder „mißachtet“  
worden seien, wird der Weg zu so-  
fortigem Handeln „in voller Unab-  
hängigkeit von Interessenten- und  
Partei politik“ gefordert. Ausgerech-  
net diese Interessentengruppen be-  
haupten, die „Sprecher des staats-  
bürgerlichen Willens von Millionen  
deutscher Bürger zu sein! Ge-

wiß ist in heutiger Zeit die Verwirrung auch in Arbeit-  
nehmerkreisen sehr groß. Die Wahl von Hamburg, aber  
aber auch die Zersplitterungsbestrebungen der Sendeweise  
beweisen dies. Würde eine einheitliche Arbeiterklasse und  
ein einheitlicher Arbeitnehmerwille vorhanden sein, so  
könnten sich die Scharfmacher gar nicht so weit vorwagen,  
wie das jetzt geschehen ist. Trotzdem muß man staunen,

## Was wir wollen

Wir wollen sein eine einige große Schick-  
sals- und Kampfgemeinschaft, die sich im  
**Gesamt-Verband**

eine Waffe geschaffen hat, die der Freund be-  
wundern mag, der Gegner aber fürchten muß.  
Wir sind unwiderstehlich in der Abwehr wie  
im Angriff, solange diese unsere Waffe in  
voller Schlagkraft erhalten bleibt und weiter  
gestärkt werden kann. Hierzu ist Vorbedin-  
gung Einigkeit und Geschlossenheit aller im

### Organisationsgebiet des Gesamt-Verbandes

beschäftigten Personen, ohne Unterschied  
des Berufes und der Position, die der ein-  
zelne bekleidet. Wir sollen deshalb, ja wir  
müssen wetteifern an allen Arbeitsstätten  
und in allen Betrieben und Verwaltungen,  
uns gegenseitig zu belehren und aufzuklären  
über die hohe Mission und die gewaltigen  
Aufgaben, die wir zu erfüllen haben im  
Interesse unserer Familien und im Interesse  
des sozialen Fortschritts der gesamten Arbeit-  
nehmerklasse. Wir müssen uns gegenseitig  
verständigen und verstehen lernen, damit wir  
von unseren Gegnern, ganz gleich, in welchem  
Lager sie stehen, besser verstanden werden.  
Fort mit dem Zaudern, fort mit persönlichem  
Streit und persönlicher Zwietracht!

Vorwärts in geschlossenen Reihen dem  
hohen gemeinsamen Ziele der Verwirk-  
lichung des Sozialismus entgegen! Wenn wir  
einig sind, gestalten wir uns die Welt!

*Ernst Meißner*

wie sich das Unternehmertum die Argumentation der Nationalsozialisten zunutze macht. Man spricht nämlich in der Erklärung von einem „politisch diktierten Wirtschaftssystem, welches zwischen Kapitalismus und Sozialismus hin und her schwankt und zur Folge hat, daß dem Kapitalismus die Fehler des Sozialismus zur Last gelegt werden“. Wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß die Herren von der Industrie, von den Großbanken sowie die sonstigen Unterzeichner so viel volkswirtschaftliche Kenntnisse haben, um zu wissen, daß wir gerade jetzt ein hochkapitalistisches System haben, in dem keine Spur von Sozialismus zu finden ist. Es sei denn, man rechnet die Kartellierung und Monopolherrschaft der Truste als Vorstufe zum Sozialismus. Aber daran haben die Industriegewaltigen sicher bei der Abfassung nicht gedacht. Obwohl die Stegerwald-Schlächter leider in den letzten Monaten fortgesetzt dem Unternehmerwillen nachgegeben haben und die Löhne herabsetzten, genügt das den Scharfmachern durchaus nicht. Sie wollen überhaupt los von der „staatlichen Zwangslohnpolitik“. Sie wollen keine „außen- und innenwirtschaftlichen Belastungen einer übertriebenen Ausbeutung der Sozialversicherung durch Überspannung des Fürsorgeprinzips“. Natürlich wird auch wieder — eine Unverschämtheit in jetziger Zeit des erschreckenden Abbaues in den Gemeinden — geredet vom „Aufwand der gesamten öffentlichen Hand, der eine ausreichende innerdeutsche Kapitalbildung unmöglich gemacht habe“. Wobei nebenher zugestanden wird, daß sich die Kapitalflucht verstärkt hat. Dann aber kommt man zu folgenden Forderungen, die wir gewissermaßen als historisches Dokument unserer Zeit doch im Wortlaut abdrucken:

1. Ein weiterer umfangreicher Aufgaben- und Ausgabenabbau in der gesamten öffentlichen Hand, damit sich die Reparationsentlastung sofort in einer Senkung der wirtschaftlichen Gestehungskosten besonders belastenden Steuern auswirken kann; erforderlich ist ferner, auch zur Erhaltung der Grundlagen unserer Kreditwirtschaft, eine Befreiung des bebauten Grundbesitzes von der Hauszinssteuer.

2. Eine Anpassung der Löhne und Gehälter an die gegebenen Wettbewerbsverhältnisse. Die Hauptvoraussetzung für eine individuelle Lohngestaltung ist eine Reform des Tarif- und Schlichtungswesens, durch die die Inflation der Verbindlichkeitsklärung beseitigt und die eigene Verantwortung der Parteien wiederhergestellt wird.

3. Anpassung der weit überhöhten Belastungen an das wirtschaftlich Mögliche und durchgreifende Verwaltungsvereinfachungen auf allen Gebieten der Sozialversicherungen einschließlich der Arbeitslosenversicherung.

Gerade weil wir die Sozialversicherung erhalten wollen, halten wir es für unumgänglich notwendig, daß sie unverzüglich mit den wirtschaftlichen Kräften unseres Volkes in Einklang gebracht wird.

4. Senkung der Tarife der Reichsbahn, der Reichspost und der gemeindlichen Versorgungsbetriebe, mindestens entsprechend den seit 1929 eingetretenen erheblichen Preissenkungen.

5. Befreiung des deutschen Geldmarktes vom Druck der öffentlichen schwebenden Schulden durch eine unter Wahrung der Gläubigerrechte erfolgende Konsolidierung dieser Schulden.

6. Endgültige Beseitigung aller Reste der Zwangswirtschaft, insbesondere auch der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen.

Zusammen mit der Erfüllung dieser Forderungen müssen alle zukünftigen Akte der Gesetzgebung und Schritte der Verwaltung aufgebaut sein auf dem Grundsatze der Sicherung des Privateigentums und der Rechtsicherheit.

Ferner ist es eine grundlegende Notwendigkeit, die Wahrung gesund zu erhalten und die Gefahren, die ihr von der Beibehaltung einer falschen Finanz- und Wirtschaftspolitik drohen, rechtzeitig zu beseitigen.

Wir halten zwar für die Privatwirtschaft eine Ausweitung des Kreditvolumens für dringend erforderlich, aber wir lehnen ganz entschieden jedes Währungsexperiment ab. In der Handelspolitik muß eine Linie verfolgt werden, die der Aufrechterhaltung und Erweiterung der deutschen Ausfuhr ebenso Rechnung trägt wie der Aufrechterhaltung und Erweiterung des Binnenmarktes.

Der wirtschaftliche Erfolg der vorgeschlagenen Maßnahmen hängt davon ab, in welchem Tempo und Umfang sie durchgeführt

werden. Es wäre falsch und bedauerlich, wenn die Reichsregierung ihre Kräfte durch unorganische Einzelmaßnahmen verzettelte.

In den großen Zusammenhang der dargestellten Linie gehört auch die Aufgabe der Reichsreform, die nicht etwa deswegen zurückgestellt werden darf, weil im Augenblick andere Aufgaben zu erledigen seien.

Nach der Auffassung der unterzeichneten Wirtschaftsverbände hängt die ganze staatliche, wirtschaftliche und kulturelle Zukunft Deutschlands von folgenden beiden höchsten Grundsätzen ab, denen sich in dieser Stunde alle Berufszweige, Volksschichten und Parteien unterordnen müssen:

dem freiheitlichen Grundsatz der von den schöpferischen Kräften der Einzelpersonlichkeit des Arbeitgebers und des Arbeitnehmers getragenen Privatwirtschaft und dem bindenden Grundsatz der nationalen Idee und der national-politischen Verantwortung.

Berlin, den 29. September 1931.

Centralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes. — Deutscher Handwerks- und Gewerbelamertag. — Deutscher Industrie- und Handels- tag. — Hansa-Bund für Gewerbe, Handel und Industrie. — Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels. — Reichsgrundbesitzerverband. — Reichsverband der Deutschen Industrie. — Reichsverband der Privatversicherung. — Reichsverband des Deutschen Groß- und Ueberseehandels. — Reichsverband des Deutschen Handwerks. — Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände.

\* \* \*

Eine Gegenerklärung der Gewerkschaften ist vom ADGB, AFA-Bund, dem Deutschen Gewerkschaftsbund (Christlichen) sowie dem Gewerkschaftsring (Hirsch-Duncker) gemeinsam veröffentlicht. Wir geben auch dieses Dokument nachfolgend wieder:

Die Spitzenverbände der Unternehmer haben in gemeinsamer Erklärung die Reichsregierung aufgefordert, die Wirtschaft von allen staatlichen und sozialen Bindungen zu befreien. Auf diese Weise soll der wirtschaftlich Schwache uneingeschränkt der Willkür des wirtschaftlich Starken ausgeliefert werden. Das würde den hemmungslosen Kampf aller gegen alle und die Auflösung jeder gesellschaftlichen Ordnung bedeuten. Diese Forderungen stellen dieselben Unternehmerverbände, die in Vergangenheit und Gegenwart in stärkster Weise öffentliche Hilfe verlangt und in Anspruch genommen haben. Wenn jemals, dann haben insbesondere die Vorgänge der letzten Monate das Versagen weiter Wirtschaftskreise und die Notwendigkeit eines planvollen Eingreifens des Staates in die Wirtschaft bewiesen.

Der Versuch, die ungeheure Wirtschaftsnot der Gegenwart aus staatlichen Eingriffen und aus der deutschen Sozial- und Lohnpolitik zu erklären, ist völlig haltlos. In Wirklichkeit liegen die Ursachen der deutschen Wirtschaftsnot in den allgemeinen Auswirkungen des gegenwärtigen Wirtschaftssystems in der Welt, den internationalen politischen Störungen und dem Mißtrauen unter den Völkern. Verschärft wurde sie durch überspannten Protektionismus, Subventionspolitik, Uebernationalisierung, Kapitalflucht und systematische Senkung der Kaufkraft. Seit 1½ Jahren wird als Ausweg aus der Krise die Senkung der Löhne und Gehälter sowie der Abbau der Sozialpolitik propagiert und betrieben. Das Ergebnis ist eine ungeheure Verschärfung der allgemeinen Not. Jeder Schritt weiter auf diesem Wege fährt tiefer in das Elend hinein.

Die krasse Interessenpolitik der Unternehmerverbände kann nicht zu gemeinsamer Entfaltung der Kräfte und zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise führen. Niemand wird die deutsche Arbeitnehmerschaft ihre wichtigsten sozialen Rechte kampflos preisgeben.

Deshalb verlangen die Gewerkschaften sowohl im Interesse der Arbeitnehmer als auch des Volksganzen die Abkehr von dem seither beschrittenen Wege und erheben erneut folgende vordringliche Forderungen:

1. Sicherstellung einer ausreichenden Versorgung aller Arbeitslosen.

2. Verkürzung der Arbeitszeit — insbesondere durch Einführung der 40-Stunden-Woche — zum Zwecke der Mehrbeschäftigung von Arbeitskräften.

3. Erhaltung und Steigerung der Kaufkraft der Löhne und Gehälter, Sicherung des Tarifrechts und des staatlichen Schlichtungswesens.

4. Senkung der Zölle mit dem Ziel der stärkeren Anpassung der deutschen Preise und Lebenshaltungskosten an das gesunkene Preisniveau des Weltmarktes; Druck auf überhöhte Handels- und Verarbeitungspreisen.



5. Auflockerung der monopolistischen Preisbindungen in allen Stufen der Wirtschaft bei gleichzeitigem Ausbau der öffentlichen Kontrolle.

6. Öffentliche Bankenaufsicht mit dem Ziel der Verhütung von Fehlleitungen des Kapitals und Sicherung volkswirtschaftlicher Kapitalverwendung.

7. Rücksichtslose Kürzung der überhöhten Spitzgehälter und Pensionen in Wirtschaft und Verwaltung.

Die Durchführung dieser wirtschaftspolitischen Richtlinien muß verbunden sein mit der Abwehr aller die Währung bedrohenden Experimente, ferner mit zielbewußter Förderung der internationalen Verständigung, die gerichtet sein muß auf Konsolidierung der schwebenden Schulden Deutschlands, auf internationale Zusammenarbeit zur Sicherung gesunder Kapitalverteilung und auf dauernde Lösung der Frage der internationalen Kriegsschuldung und der Reparationen.

Berlin, den 1. Oktober 1931.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund. — Allgemeiner freier Angestelltenbund. — Deutscher Gewerkschaftsbund. — Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter- und Angestelltenverbände.

\* \* \*

Wir leben gewiß in sehr bösen Zeiten, aber manchmal möchte man doch glauben, daß wir in einem Narrenhaus sitzen. Angesichts der tieftraurigen Tatsache, daß zahlreiche Arbeiter glauben, besonders radikal zu sein, wenn sie in einer abgesonderten Organisation, wie RGO. oder ähnlichem Gebilde, ihre Kampfrufe ertönen lassen, ist es vielleicht ein magerer Trost, daß wenigstens neben den freien Gewerkschaften auch die Christlichen und die Hirsch-Dunker'schen mit uns eine einheitliche Abwehrfront bilden. Ja, der „Deutsche“, das Tagesorgan der christlichen Gewerkschaften, hat oft genug hämißliche Glossen gemacht über den zu großen Radikalismus der freien Gewerk-

schaften. Aber auch er kann sich den jetzigen Zeitströmungen nicht entziehen; denn in der Nummer vom 2. Oktober 1931 kann man sogar in einem Leitartikel folgende zutreffenden Ausführungen lesen gegen das Scharfmachtertum:

„Als die roten Fahnen des Kommunismus von den Schachtürmen im Ruhrgebiet wehten, da fanden die Arbeitgeber sowohl den Weg zu den Gewerkschaften als auch zum Staat. Da konnte die heute so stark verbetene Einmischung der Gewerkschaften und des Staates nicht früh und stark genug erfolgen. Die Zeiten ändern sich, aber die Weltgeschichte ist voll von Wiederholungen. Das sollten auch die Unternehmer wissen.“

Wenn die Industriellen es so weitertreiben, werden sie es recht bald nicht nur mit den Kommunisten, sondern mit der gesamten, aufs höchste erbitterten Arbeiterschaft zu tun bekommen.“

\* \* \*

Wir müssen darüber hinaus unseren Kollegen sagen, daß es in jetziger Zeit nur eine Aufgabe gibt: Alle Gewerkschaftsmitglieder müssen zusammenstehen in ihrer Organisation. Wenn wir nicht den Widerstand auf der ganzen Linie aufnehmen, so wird das Unternehmertum weitere Triumphe feiern. Die Brüning-Regierung steht auf einem Vulkan. Sie darf nicht glauben, daß die Gewerkschaften oder die SPD. ihr Gefolgschaft leisten oder auch alle weiteren Bedrückungen durch Gesetz und Notverordnung über sich ergehen lassen. Der soziale und wirtschaftliche Druck ist gegenwärtig so stark, daß es leicht zu Explosionen schärfster Art kommen kann. Gewiß sind die Gewerkschaften keine Katastrophopolitiker und werden es nie sein. Aber sie sind gewillt, wenn alle Vernunft versagt, mit zäher Energie den Kampf aufzunehmen!

Deshalb, Kollegen, stärkt unsere Abwehrfront!

E. D.

## Einmütige Ablehnung jedes Eingriffs in das Tarifrecht

Der Bundesausschuß des ADGB. trat am 2. Oktober unter dem Vorsitz von Leipart zu seiner ersten Sitzung nach dem Frankfurter Gewerkschaftskongreß zusammen. Der stellvertretende Vorsitzende Graßmann erstattete den Bericht über die Tätigkeit des Bundesvorstandes. Er ging dabei aus von den Gerüchten, die über die Pläne der Reichsregierung bezüglich der Umgestaltung der sozialpolitischen Einrichtungen im Umlauf waren. Der Bundesvorstand hat versucht, sich durch Verhandlungen mit dem Reichskanzler und dem Reichsarbeitsminister Klarheit über die beabsichtigten Maßnahmen zu verschaffen. Was die Lockerung des Tarifrechts angeht, so ist dabei schwer zu entscheiden, ob die geplanten Maßnahmen auf den Einfluß der Unternehmer, insbesondere der Schwerindustrie und der Bergbauindustriellen zurückgehen, oder ob der Sturz des englischen Pfundes die Regierung zu der Auffassung gebracht hatte, daß auf einem anderen Wege die wirtschaftliche Lage nicht erleichtert werden kann. Eine weitgehende Einschränkung der Verbindlichkeitsklärung, Verkürzung der Laufdauer der Tarifverträge, Einführung eines vorzeitigen Kündigungsrechts, Aufnahme von Bestimmungen in die Tarifverträge, die es ermöglichen sollen, notleidenden Betrieben Ausnahmebedingungen zuzugestehen, eine Ausdehnung des Begriffs der Notstandsarbeiten, die auch privaten Unternehmern unter gewissen Bedingungen ein Abweichen vom Tariflohn gestatten würde und endlich eine weitere Senkung der Löhne, der eine Zerschlagung der Kartell- und Innungspreise parallel gehen sollte — diese Gedanken scheinen die Auffassung der Regierung weitgehend bestimmt zu haben. Kein Zweifel, daß diese „Auflockerung“ der Tarifverträge einem Ende des Tarifrechts gleichkäme. Das Sofortprogramm der Unternehmerverbände ist ein eindeutiges Zeugnis dafür, aus wirklicher oder geheuchelter Furcht vor einer neuen Inflation sich auf eine Wirtschaftspolitik einzulassen, die tatsächlich die Auswirkungen der Krise in ihrer ganzen Schwere auf die Schultern der Arbeiter abwälzen würde.

Die Verhandlungen der Gewerkschaften und der SPD. mit der Regierung haben ohne Zweifel das positive Ergebnis gehabt, daß eine Neuregelung des Tarifrechts in diesem seinen Bestand gefährdenden Sinne nicht in die neue Notverordnung aufgenommen worden ist. Damit ist freilich die Gefahr noch nicht endgültig abgewendet, da in der zweiten

hälfte Oktober eine neue Notverordnung bevorsteht.

Es ist auch der Gedanke erwogen worden, die Unabhängigkeit der Löhne nur bis zu einer Höhe von 80 Proz. aufrechtzuerhalten und die verbleibenden 20 Proz. der freien Vereinbarung zu überlassen. Die Durchführung dieses Gedankens birgt selbstverständlich die Gefahr in sich, das Tempo des Lohnabbaus zu beschleunigen und ihm ein Ausmaß zu geben, das selbst in der Geschichte der letzten anderthalb Jahre ohne Beispiel ist. Man stehe angeblich vor der Alternative, entweder eine Inflation, die psychologisch untragbar sei und zur völligen Vernichtung des Sparsinns führen würde, oder einer Deflation, die einer Senkung aller Löhne, Gehälter, Preise und öffentlichen Ausgaben in sich schloße. Tatsächlich ist in diesem Zusammenhang Deflation nur ein anderes Wort für Lohnabbau, denn die Erfahrung der letzten Jahre hat bewiesen, daß die Regierung auf keinem Gebiet so ohnmächtig ist, wie auf dem einer bewußten Einwirkung auf die Preise. Die Absicht der Regierung, auch gegenüber den Kartellpreisen, den Agrar- und Industriezöllen energisch vorzugehen, ist daher mit äußerster Vorsicht aufzunehmen.

An den Bericht Graßmanns schloß sich eine sehr eingehende Aussprache. Die Debatte ergab die einmütige Ablehnung jedes Eingriffs in das geltende Tarifrecht. Die Gewerkschaften sind entschlossen, an den grundsätzlichen Bestandteilen des Tarifrechts unter allen Umständen festzuhalten. Tarifverträge, die weitgehende Abweichungen von den getroffenen Vereinbarungen in der einen oder anderen Form zulassen, haben für die Gewerkschaften keinen Wert.

Die Behandlung der Arbeitszeitfrage durch die Regierung habe sich zu einem offenen Skandal entwickelt. Die Gewerkschaften müssen auf dem strikten Verbot aller Ueberstunden, die gerade in letzter Zeit stark zunehmen, bestehen und darüber hinaus das Ziel der 40-Stunden-Woche mit Entschiedenheit verfolgen. Die ganze gegenwärtige Regierungskunst bestehe nur noch darin, immer mehr Arbeitslose zu schaffen, denn nur das könne der Effekt der fortdauernden Droßelung der öffentlichen Ausgaben sein.

## Gewerkschaftshilfe für invalide Mitglieder

Im Jahre 1930 wurden von den freien Gewerkschaften 8 001 197 Mark Invalidenunterstützung zur Auszahlung gebracht.

Der Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaft hat naturgemäß auch eine Zerrüttung der Sozialversicherung herbeigeführt. Das große Heer der arbeitslosen Volksgenossen kommt als Beitragszahler für die Alters- und Invalidenversicherung nicht mehr in Betracht, so daß ungeheure Einnahmeausfälle bei dieser Versicherung zu verzeichnen sind.

Schon in einer Denkschrift des Reichsarbeitsministeriums, die am 23. Januar 1929 dem Reichstag unterbreitet wurde, ist die Befürchtung ausgesprochen worden, daß in der Alters- und Invalidenversicherung ab 1934 die Ausgaben die Einnahmen übersteigen würden. Diese ungünstige Voraussage wird leider schon für das Jahre 1931 in Erscheinung treten. — Der Ueberschuß der Reichsanstalt, der im Jahre 1928 noch 396 Millionen Mark betrug, verringerte sich im Jahre 1929 auf 305 Millionen Mark und stürzte im Jahre 1930 herunter bis auf 53 Millionen Mark, so daß man ohne Zweifel annehmen kann, daß sich dieser Ueberschuß im Jahre 1931 in eine Mindereinnahme verwandelt. — Bei dieser Sachlage werden die Wünsche der Arbeiterschaft auf Erhöhung der Rentenbezüge resp. auf Herabsetzung der Altersgrenze von 65 auf 60 Jahre vorerst nicht auf Erfüllung rechnen können. Es war deshalb erfreulich, daß die freigewerkschaftlichen Organisationen diese Entwicklung rechtzeitig voraussehen und zu gleicher Zeit Mittel und Wege suchten, die das Los unserer älteren Arbeitsbrüder erleichterten. — Da die Verbände der graphischen Industrie bereits seit Jahrzehnten neben Erwerbslosenunterstützung auch Invalidenunterstützung zahlten und damit durchaus gute Erfahrungen hinter sich haben, führten in der Nachkriegszeit die übrigen Arbeiterorganisationen die Invalidenunterstützung ebenfalls ein. Von den 30 freigewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen haben 24 bereits

Invalidenunterstützung für ihre Mitglieder eingeführt. Diese 24 Verbände umfassen 4 190 631 Mitglieder; für 631 201 Mitglieder in den übrigen sechs Verbänden ist die Invalidenunterstützung noch nicht eingeführt. Die Nichteingührung ist dort darauf zurückzuführen, daß für diese Mitglieder größtenteils eine zusätzliche Altersversorgung (Pension) auf anderer Grundlage vorhanden ist. Wenn die Gewerkschaften bezüglich der Invalidenunterstützung nun auch zur Selbsthilfe gegriffen haben, so soll damit keineswegs gesagt sein, daß wir uns mit der ungünstigen Entwicklung der staatlichen Versicherung abzufinden haben, sondern dem vereinigten Sturm der Sozialreaktion auf Einschränkung der sozialen Versicherungszweige werden wir uns auch in Zukunft mit aller Macht entgegenstemmen müssen. Darüber hinaus werden wir, bei besserer wirtschaftlicher Konjunktur, erneut versuchen müssen, an den Ausbau der staatlichen Versicherung heranzugehen.

Da also die Invalidenunterstützung in der Mehrzahl der freien Gewerkschaften erst seit wenigen Jahren zur Einführung gelangte und für diese Zwecke erst Mittel angesammelt werden mußten, konnte mit der Unterstützung der invaliden Gewerkschaftskollegen auch nur schrittweise begonnen werden. Immerhin zeigt nachstehende Aufstellung, daß innerhalb der Organisationen des ADGB sich diese Unterstützungseinrichtung recht segensreich auswirkt. Es wurden gezahlt: Im Jahre 1924 von 7 Verbänden 425 000 Mk., im Jahre 1925 von 7 Verbänden 969 000 Mk., im Jahre 1926 von 7 Verbänden 1 363 000 Mk., im Jahre 1927 von 8 Verbänden 2 020 000 Mk., im Jahre 1928 von 12 Verbänden

2 900 000 Mk., im Jahre 1929 von 13 Verbänden 4 278 000 Mk., im Jahre 1930 von 19 Verbänden 8 001 000 Mk.

Aus dieser Entwicklung ist ersichtlich, daß allein im letzten Berichtsjahr die Invalidenunterstützung in den dem ADGB angeschlossenen Organisationen sich verdoppelt hat. Wenn man bedenkt, daß die meisten der Organisationen sich in bezug auf die Invalidenunterstützung in einem Uebergangsstadium befinden, in welchem invalide Mitglieder erst nach gewissen Voraussetzungen unterstützt werden können, so ist die Verdoppelung der Unterstützung in einem Jahre besonders beachtlich.

Der Gesamt-Verband hat nur nach halbjähriger Beitragszuschlagsleistung für die Invalidenunterstützung schon mit

der Auszahlung der Unterstützung an einen Teil der Mitglieder begonnen. Für das Rechnungsjahr 1930 wurden vom Gesamt-Verband bereits 168 677,95 Mk. an Invalidenunterstützung verausgabt, und zwar wurde diese Auszahlung nur in den zwei letzten Quartalen des Jahres 1930 vorgenommen. Im ersten Quartal 1931 wurden für den gleichen Zweck 173 925,59 Mk. verausgabt. Im zweiten Quartal 1931 erhöhte sich diese Summe auf 193 901,19 Mk. Zurzeit werden im Gesamt-Verband etwa 8000 invalide Mitglieder laufend unterstützt. Da ab 1. Januar 1932 invalide Mitglieder, die am 1. Januar 1930 dem Verband 15 Jahre angehört, ebenfalls unterstützungsberechtigt werden, kann man für das Jahr 1932 etwa 15 000 Unterstützungsbezieher in Ansatz bringen. Wir werden also damit rechnen müssen, daß allein im Gesamt-Verband für das laufende Jahr 1 Million Mark an Invalidenunterstützung unseren alten Arbeitskameraden gezahlt wird; für das Jahr 1932 werden 2 Millionen Mark kaum zur Auszahlung ausreichen. — Durch diese Zahlen wird recht anschaulich dargestellt, daß die gewerkschaftliche Organisation neben ihren Hauptaufgaben — Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, resp. Abwehr

### Aufruf zur Werbearbeit!

*Kollegen, alle, es ruft der Verband,  
stärkt und festigt seine Macht,  
seht euch um in eurem Stand,  
ob nicht gelingt die Werbeschlacht.*

*Wir greifen an! ist die Parole  
der siebenhunderttausend Mann,  
von denen sich nur jeder einen hole,  
dann zeigt sich's, was geleistet werden kann.*

*Wir greifen an! in diesem Vierteljahre  
all jene, die noch nicht ermesen,  
daß der Verband am besten wahre,  
trotz Schwierigkeiten, unser aller Interessen.*

*Erlahmt nicht, werbt und agitiert,  
Ihr kennt doch alle euren Nebenmann!  
Fragt ihn, weshalb er resigniert  
und abseits heut noch stehen kann.*

*Beweist nun, daß nur Einigkeit ist Macht.  
Die Wahrheit gilt es stets zu hämmern  
in die Gehirne, die kein Kampf entfacht,  
die noch im Nebelmeer der Phrase dämmern.*

*Wir greifen an! und zwar noch heute,  
mit Logik, die nicht unterliegt,  
die RGO- und Nazimeute!  
Somit wird auch die Reaktion besiegt.*

*Drum aufgerafft! Beschwingt den Widerstand,  
steht länger nicht beiseit! Heran!  
Macht stark und mächtig den Gesamt-Verband.  
Kollegen, alle, hört: Greift an!!*

H. Eckhardt, Düsseldorf.

gegen die Verschlechterungsbestrebungen der Arbeitgeber — ihren Mitgliedern eine treue Helferin auf sozialem Gebiet geworden ist.

Schon heute zeigt sich mit aller Deutlichkeit, daß die Hoffnung, die unsere Mitglieder beim Zusammenschluß auf die Einführung der Invalidenunterstützung gesetzt haben, sich durchaus erfüllt hat. Die Invalidenunterstützung wird sich genau so segensreich wie die Arbeitslosen- und Krankenunterstützung für die Mitgliedschaft des Gesamt-Verbandes auswirken.

Unsere Funktionäre können bei unserer Werbearbeit auch auf dieses Arbeitsfeld des Gesamt-Verbandes mit Nachdruck verweisen.

Otto Weinauge.

*300 Volkswirtschaftler aus allen Ländern haben sich kürzlich in Amsterdam versammelt, um in ernster Beratung die wirtschaftliche Situation, die der Hyperkapitalismus geschaffen hat, zu erörtern und einen Ausweg zu suchen aus dem Labyrinth der Not und des Elends.*

*Nach dreitägiger eingehender Diskussion einigten sich diese 300 Volkswirtschaftler dahin, daß nur durch die Beseitigung der Profitwirtschaft, durch die Planwirtschaft, durch eine den Bedürfnissen entsprechende planmäßige Produktion der Welt wieder Ruhe und Frieden zuteil werden kann.*

*Was wir als Sozialisten aus instinktivem Klassengefühl heraus seit Jahrzehnten sagen, wird nun auch endlich von den Fachmännern und Gelehrten als richtig anerkannt — und leider nicht einmal von allen ...*



## Kampf dem Kapitalismus

Der sozialdemokratische Parteivorstand erließ am 2. Oktober einen Aufruf „An die Partei“, der ein energisches Kampfprogramm gegen den Kapitalismus und für den Sozialismus, gegen die Parteispalter und für die Einheit der Partei darstellt. Der Aufruf lautet:

Es geht um große Dinge! Die kapitalistische Welt ist bis in ihre Grundfesten erschüttert, sie erzittert unter der weltweiten Auswirkung der englischen Währungskrise. Die bürgerlichen Begriffe von der Stabilität und der Ewigkeit des Kapitalismus stürzen zusammen. Soll die ungeheure Mehrzahl der Bevölkerung den sinnlosen kapitalistischen Experimenten geopfert werden oder soll die Welt zum Wohle der arbeitenden Menschheit umgebaut werden? — Die kapitalistischen Mächte aller Länder kennen nur ein Ziel: mit Hilfe der aus der Krise geborenen Not die Macht der Arbeiter-schaft zu brechen, damit die geschichtliche Stunde der Neugestaltung der Gesellschaft ungenutzt vorübergehe. Im Bunde mit der Not die Arbeiterschaft zu verwirren, zu spalten, niederzudrücken — das ist die letzte Hoffnung der Kapitalisten in Deutschland, in England, in der ganzen Welt! Genossen, Genossinnen! Kampf dem internationalen Kapitalismus, dem deutschen Kapitalismus! — Wir stellen unsere nächsten sozialistischen Kampfziele vor das ganze Volk:

Staatsherrschaft über die Banken!

Volksherrschaft über die Volkswirtschaft!

Schutz der Arbeiter und der Krisenopfer vor Not, Hunger und Kälte!

Nieder mit der politischen und der wirtschaftlichen Macht der Herrscher über die Schwerindustrie! Nieder mit der Macht der Finanzkapitalisten! Nieder mit der Macht der Großagrarier! Bahn frei für den wahren Willen des Volkes!

Werbt alle für unsere Ziele. — Tragt sie ins Volk. — Reißt die Fögern und die Irrenden an uns heran.

Gegen uns steht die verbündete Reaktion, stehen die Wirtschaftsverbände der Unternehmer. Sie wollen die Arbeiterschaft zurückwerfen in das Zeitalter des Frühkapitalismus. Gegen uns stehen die Söldlinge des Kapitalismus mit dem Patentkreuz, stehen die bolschewistischen Spalter und

Verbrecher an der Arbeiterbewegung. Die Feinde berechnen uns von allen Seiten.

**Stärkt unsere Macht! — Werbt für die Partei! — Ein Wille — eine Partei — eine Macht!**

Wir fordern Bekenntnis und Treue zum Sozialismus. Wir fordern Treue zur Partei. Wir fordern Disziplin vor dem Feind. Wir werben und kämpfen — uns hemmt weder der Feind, noch die politische

Selbstmordtaktik von Abtrünnigen, deren Glaube die Feuerprobe nicht bestanden hat. — In dieser Zeit, wo wir vor Entscheidungen und Aktionen von geschichtlicher Bedeutung stehen, wo wir mehr denn je einer eisernen Geschlossenheit und Entschlossenheit bedürfen, glaubten einige Verblendete, in der Sozialdemokratie eine Sonderorganisation für ihre eigenen Bestrebungen errichten zu können. Die Partei hat sie abgeschüttelt. Die Arbeiter haben weder Zeit noch Lust für sektiererische Eigenbrötleien. Wer seine Besserwisserei und Rechthaberei höher stellt als die Notwendigkeit einer einzigen Front der Arbeiter gegen den Kapitalismus, der ist nicht berufen, mit den Arbeitern zu kämpfen oder gar sie zu führen. — Genossen, Genossinnen! Fort mit allen, die sich gegen unsere Einheit und Geschlossenheit erheben wollen, die uns schwächen wollen in der Stunde der Not und Gefahr. Sie haben weder die Größe der Stunde noch die Mission der Sozialdemokratie begriffen.

Fort mit allen Spaltern! Antwortet ihnen durch verstärkte Eingabe an den Werbefeldzug für die Partei, an die Mobilisierung der arbeitenden Massen für den Sozialismus. Wir sind eine Million Parteimitglieder, eine Million Werber. Ruft es millionenfach ins Volk:

**Gebt der Sozialdemokratie Macht zur Ueberwindung des kapitalistischen Systems!**

Vorwärts mit verdoppelter Kraft! Jede Kampfanlage unserer Gegner, jeder Versuch, uns zu hemmen, stärkt unsere Energie. Vor uns steht die weltgeschichtliche Aufgabe der sozialistischen Neuordnung der Wirtschaft.

**Der Kapitalismus ist zum Fluch für die Menschen geworden!**

**Der Sozialismus wird der Menschheit zum Segen werden!**

**700000!  
greifen an!**



**Stärkt unsere Kampffront!  
Hinein in den Gesamtverband!**

Einheit und Geschlossenheit erheben wollen, die uns schwächen wollen in der Stunde der Not und Gefahr. Sie haben weder die Größe der Stunde noch die Mission der Sozialdemokratie begriffen.

Fort mit allen Spaltern! Antwortet ihnen durch verstärkte Eingabe an den Werbefeldzug für die Partei, an die Mobilisierung der arbeitenden Massen für den Sozialismus. Wir sind eine Million Parteimitglieder, eine Million Werber. Ruft es millionenfach ins Volk:

**Gebt der Sozialdemokratie Macht zur Ueberwindung des kapitalistischen Systems!**

Vorwärts mit verdoppelter Kraft! Jede Kampfanlage unserer Gegner, jeder Versuch, uns zu hemmen, stärkt unsere Energie. Vor uns steht die weltgeschichtliche Aufgabe der sozialistischen Neuordnung der Wirtschaft.

**Der Kapitalismus ist zum Fluch für die Menschen geworden!**

**Der Sozialismus wird der Menschheit zum Segen werden!**

## 21. Kongreß des französischen Gewerkschaftsbundes

Seit der Spaltung der französischen Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1921, d. h. seit Gründung eines kommunistischen Gewerkschaftsbundes (CGTU.), ist die Frage der Einheit in Frankreich nie mehr von der Tagesordnung verschwunden. Die Politik des französischen Gewerkschaftsbundes (französisch: Confédération générale du travail, abgekürzt CGT) war während dieser ganzen Zeit eindeutig und klar: Die CGT. lehnt jede Einmischung politischer Parteien und außerhalb der Bewegung stehender Gruppen in die Arbeit der Gewerkschaften ab, wobei jedoch jedes Mitglied individuell das Recht hat, sich außerhalb der Gewerkschaft in voller Freiheit politisch zu organisieren und zu betätigen. Da im Gegensatz dazu die CGTU. ihrer Stellung und ihren Prinzipien nach ein bloßer Ableger der kommunistischen Partei ist, kann und soll die Einheit nur durch Rückkehr der abgespaltenen Mitglieder in die freie Gewerkschaftszentrale erfolgen. Die Einheit soll von der Basis aus innerhalb der CGT. wiederhergestellt werden!

Diese Sachlage hat sich nicht geändert, seit ein aus Anhängern der verschiedensten Richtungen (kommunistische, autonome und freie Gewerkschaftsbewegung) zusammengesetztes Komitee — das sogenannte Komitee der 22 — für die Einheit eine besondere Lanze glaubte brechen zu müssen und zu diesem Zwecke insbesondere die Einberufung eines Kongresses aller Richtungen in Vorschlag brachte. Angesichts der besonderen Verhältnisse des Augenblicks, die jeden aussichtslos und die ganze Bewegung gefährdenden Schritt zu einem nicht zu entschuldigenden Akt der Disziplinlosigkeit stempeln würden, hat die CGT. nicht den geringsten Grund, von ihrer Politik abzuweichen. Denn ein solcher Fusionskongreß würde, wie Jouxhaux vor der Abstimmung über die Abhaltung eines solchen Kongresses ausdrücklich bemerkte, die vorherige Auflösung der CGT. bedeuten. Der Vorschlag wurde denn auch mit 4678 gegen 432 Stimmen ab-

gelehnt. Ferner gelangte eine Resolution zur Annahme, in der der Wille zur Einheit unterstrichen und betont wird, daß die Einheit nur im Rahmen der CGT. wiederherzustellen ist.

Wie bitter nötig gerade in diesem Augenblick das Vorhandensein einer starken und zielbewußten gewerkschaftlichen Landeszentrale ist, die ihren Weg ohne dilettantische Abschwefelungen und ewigen Programmwechsel geht, zeigt die Lage der CGTU. Diese Organisation wird nämlich nicht nur durch dauernde Mitgliederverluste von Tag zu Tag schwächer, sondern sie ist auch innerlich mehr als je haltlos und zersetzt. Die Arbeit wird in dieser Organisation, wie in der neuesten Nummer der „Roten Gewerkschafts-Internationale“ (RGI.) wörtlich zu lesen ist, „ohne einen konkreten Plan und allzu häufig ohne jegliches Verantwortungsgefühl verrichtet“. Die RGI. bezeichnet deshalb als den „ernstesten Fehler“ der kommunistischen Gewerkschaftsbewegung Frankreichs „die verspätete Mobilisierung der Massen zum Schutz ihrer Tagesinteressen“. Damit ist der CGTU. das Todesurteil gesprochen!

Wenn der Behandlung der Einheitsfrage auf dem Kongreß dieses Jahres mehr Bedeutung beigemessen werden muß als sonst, so deshalb, weil jetzt mehr als je eine klare Politik der freien Gewerkschaften nötig ist. Nichts kann der französischen Arbeiterschaft besser zeigen, wo ihr Platz ist, als wenn die CGT. einmütig die bis jetzt geführte Politik bestätigt, während gerade in allerneuester Zeit in Moskau ein scharfes Gericht über die Ketzerei innerhalb der CGTU. abgehalten wird.

Daß es der CGT. mehr als je um die Berücksichtigung jener Tagesinteressen zu tun ist, die die Kommunisten bis jetzt verleugnet und als reformistische Sentimentalität bezeichnet haben, zeigt das dem Kongreß unterbreitete Material und die nach der Erledigung der Einheitsfrage in An-

griff genommene Arbeit. Ein großer Teil des Tätigkeitsberichts ist der Sozialgesetzgebung gewidmet, die seit der Annahme des von der Arbeiterschaft erkämpften Gesetzes über die Kranken-, Mutterschafts-, Invaliditäts-, Alters- und Sterbeversicherung zu einer Frage geworden ist, die wahrscheinlich in Zukunft jeden französischen Gewerkschaftskongress als Hauptgegenstand beschäftigen wird. Dem Problem der Durchführung dieses Gesetzes sowie neuen sozialpolitischen Forderungen (Alterspension ab 65 Jahren, Reorganisation der Arbeitsinspektion unter Hinzuziehung von Arbeiterdelegierten, bezahlte Ferien, Ausdehnung der Arbeitslosenunterstützung mit dem Ziel der Einführung der Arbeitslosenversicherung) galt ein großer Teil der Besprechungen und der Beschlüsse. Da für diese Arbeit auf sozialpolitischem Gebiet mehr als je die Hingabe und das Wissen jedes einzelnen Arbeiters von größter Wichtigkeit sind, hat sich schon der letzte Kongress vor allem auch mit der Frage der Arbeiterbildung und des öffentlichen Unterrichts befaßt. In der Zwischenzeit waren verschiedene Kommissionen und Sachverständige mit der eingehenden Beratung aller Seiten dieser Frage beauftragt. Dem Kongress lagen eingehende Berichte vor über das Schulentlassungsalter, den Fachunterricht, die Berufsberatung, das Lehrlingswesen, die Bildungs- und Dokumentationsarbeit innerhalb der Gewerkschaftsbewegung usw. Der Kongress forderte auf diesem Gebiet u. a. die Heraussetzung des Schulentlassungsalters von 13 auf 14 Jahre. Er stellte allgemeine Forderungen auf über eine Reform des öffentlichen Unterrichts (gleiche Bildungsmöglichkeiten für alle) und beschloß die Errichtung einer Arbeiterhochschule. Die wirtschaftliche Forschungsarbeit, deren großer Umfang durch einen dem Kongress unterbreiteten umfangreichen Bericht über die „neuen Produktionsmethoden und die Arbeitslosigkeit“ belegt wird, soll fortgesetzt und insbesondere soll die Propaganda zugunsten der Herabsetzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden gefördert werden. Ein wichtiger Punkt der Tagesordnung galt deshalb der Reorganisation der gewerkschaftlichen Propaganda. Die Behandlung dieser Frage führte u. a. zum Beschluß der Erhöhung der Mitgliederbeiträge.

Zum Schluß nahm der Kongress ein ausführliches Referat des Gewerkschaftssekretärs Jouhaux über die Abrüstung entgegen. Einstimmig ließen die Delegierten die Abrüstungsresolution der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und des Internationalen Gewerkschaftsbundes gut.

## Politische und wirtschaftliche Wochenschau

Die deutsch-französischen Verhandlungen in Berlin hatten den Erfolg, daß eine gemeinsame Kommission eingesetzt wurde mit dem Auftrage, für bestimmte wirtschaftspolitische Fragen Lösungen zu suchen, die einer Zusammenarbeit der beiden Nationen dienen. In dieser Kommission sollen auch die Arbeitnehmer vertreten sein. Von den deutschen freien Gewerkschaften wurden als Vertreter bestimmt: Egger vom ADGB, und Tarnow vom Deutschen Holzarbeiter-Berband.

Wieder eine Notverordnung! Im Anschluß an den verbindlich erklärten Schiedspruch über die Arbeitszeit im Ruhrkohlenbergbau erteilte die Reichsregierung eine neue Notverordnung, die den Reichsarbeitsminister ermächtigt, bei Verbindlichkeitsklärungen die Laufdauer von Schiedsprüchen selbstherrlich abzuändern, und die Untertage-Arbeiter des Steinkohlenbergbaues vom 1. Oktober bis zum 30. November von der Beitragspflicht zur Arbeitslosenversicherung zu befreien.

Die Spitzenverbände der Unternehmer haben in einer langen Erklärung, die wir an anderer Stelle wiedergeben, die Reichsregierung aufgefordert, zwischen Kapitalismus und Sozialismus sich zu entscheiden und die Wirtschaft von allen staatlichen und sozialen Bindungen zu befreien. — Die gemeinsame Antwort der drei gewerkschaftlichen Spitzenverbände bringen wir ebenfalls an anderer Stelle.

Unterbindung einer Sonderorganisation in der SPD. Weil die Abgeordneten Seydewitz und Rosenfeld sich weigerten, dem Beschluß des Parteiaussschusses entsprechend, Maßnahmen zur Weiterführung einer oppositionellen Sonderorganisation einzuflellen, beschloß der Parteivorstand deren Ausschluß. Im weiteren Verlauf der Abwehr der offenbar beabsichtigten Spaltungsbemühungen wurde der Vorstand des Ortsvereins Breslau seiner Funktion enthoben. Auch die Abgeordneten Biegler und Portune sowie Dr. Eckstein sind ausgeschlossen worden, während Abg. Dettinghaus seinen Uebertritt zur SPD vollzog. Am 4. Oktober hielten die Ausgeschlossenen und ihr Anhang in Berlin-Charlottenburg eine Reichskonferenz ab, in der sie die „Sozialistische Arbeiterpartei“ gründeten.

## Stimmen aus Kollegenkreisen

### Wir brauchen mehr Macht

Es ist verständlich: Notverordnungen, Sparmassnahmen, Lohnabbau treiben uns die Galle zum Halse hinauf und wir machen aus unserem Herzen keine Mördergrube, über der Stillischweigen lagert. Es gibt keinen SPD-Mann und keinen SPD-Führer, der sich über all diese Dinge freut, nur die Kommunisten hoffen Geschäfte zu machen. Deshalb reißen sie die Mäuler immer weiter auf und versprechen alles mögliche. Trotz der Notzeit aber haben wir nicht den Kopf zu verlieren. Die Arbeiterschaft ist erst in dem Augenblick verloren, in dem sie ihre Organisationen zerschlägt. Nicht deshalb sage ich dies, weil jeder einzelne durch jahrelange Beitragszahlung sich Rechte erworben hat, sondern weil unsere Organisation unsere einzige Macht ist. Früher oder später kommt der Augenblick, in dem nicht verhandelt, sondern gehandelt wird; „denn so kann es ja nicht ewig weitergehen“. Worum geht es überhaupt?

Eins müssen wir uns ganz nüchtern klarmachen. Die Arbeitslosen rütteln an den Staats- und Gemeindefinanzen und zehren an unseren Löhnen. Noch gibt es Tarife und Schlichtungsausschüsse, Arbeitsgerichte und Entlassungsschutz. Wenn es aber dem Kapitalismus gelingt, das Heer der Arbeitslosen weiter zu vergrößern, wenn die politischen Machthaber dem Kapitalismus keinen Einhalt gebieten, dann wird das Heer der Arbeitslosen alle Dämme zerreißern. Wenn sich der Preis der Arbeitskraft auf freiem Markt regelt, ohne jede Organisation, nach Angebot und Nachfrage, dann wird das Ueberangebot die Löhne in noch ganz anderem Maße drücken. Wir alle wissen, daß die Produktion wahnsinnig gesteigert ist, daß kein Mangel besteht. Wir alle wissen, daß die vorhandenen Lebensmittel ausreichen würden, alle Menschen satt zu machen. Es gibt Weizen, Baumwolle, Kartoffeln im Ueberfluß, wir ersticken im Ueberfluß, aber es fehlt die richtige Verteilung. Wir alle wissen, daß die überentwickelte Technik eine fühlbare Herabsetzung der Arbeitszeit möglich gemacht hat und einen entsprechenden Preisabbau. Wir alle sehen die Unfähigkeit des kapitalistischen Systems und die marxistischen Theorien sind glänzend erfüllt. Politisch und gewerkschaftlich gesehen, wäre es heute eine Lust zu leben, wenn wir verdreifachte Macht besäßen. Wenn es nicht gelingt, durch Herabsetzung der Arbeitszeit das Heer der Erwerbslosen zu mindern, erleben wir Niederlage auf Niederlage, weil unsere Löhne immer weiter sinken werden. Wenn drei Millionen arbeiten und sechs Millionen vor den Toren der Fabriken stehen, bestimmen diese sechs Millionen die Lohnhöhe. Um dieser Gefahr zu begegnen, gibt es kein anderes Mittel als Herabsetzung der Arbeitszeit und Stärkung unserer Organisation.

Den blöden Schreibern, die immer nur die Erklärung haben, „unsere Führer wollen bloß nicht, weil ihre soziale Frage gelöst ist“, müssen wir den Mund stopfen. Auch die Führer gehen unter, wenn wir Geführten untergehen, wir sind unlöslich miteinander verbunden. Diese nackten nüchternen Tatsachen sollten uns endlich einleuchten und alle Kräfte für die Organisation mobil machen. Der Angriff gegen uns hat auf breiter Front eingesetzt, Nazis und Kommunisten helfen getreulich dabei mit. Wir wissen genau, wo die Fehler zu suchen sind. Wir wissen genau, wie die Welt durch planvolle Wirtschaft besser eingerichtet werden könnte, aber uns fehlt die Macht zur Aenderung trotz unseres guten Willens. Wir können nur soviel Macht ausüben, wie wir besitzen. Gelingt es, unsere Organisation zu zerschlagen, müssen wir nachher wieder von vorn beginnen. Gelingt es uns aber, unsere Macht zu vergrößern, zu verdoppeln, zu verdreifachen, werden wir wieder zur Offensive übergehen können, dann verlassen wir unsere Verteidigungsstellung. Und nun durch die Not der Zeit nicht den Blick für die Zeit verlieren. Es geht um ganz große Dinge. „So kann es nicht ewig weiter gehen“, deutet auf kommende Kämpfe hin. Verdreifachen wir unsere Macht, sorgen wir dafür, daß kein Arbeiter aus der Reihe tanzt, daß wir alle an einem großen Strang ziehen, dann ist auch der Tag des Angriffs gekommen. Es führt kein anderer Weg zum Erfolg.

Paul Mewes, Magdeburg.



## Aus unserer Bewegung

**Bezirkskonferenz Magdeburg** am 27. September. Bezirksleiter **Wachtendorf** gab einen Bericht über die Arbeit der Organisation. Der Verbandsvorstand war entschlossen, sich der Durchführung der Notverordnung vom 5. Juni mit allen Mitteln zu widersetzen. Durch Verhandlungen gelang es, ihre Bestimmungen wesentlich abzumildern. Für Mitteldeutschland könne noch kein abschließender Bericht gegeben werden. Für die Straßennarbeiter konnte die Bewegung einigermaßen annehmbar abgeschlossen werden. Das ist in großem Maße dem Umstand zu danken, daß wir viele sozialdemokratische Landräte und andere ausschlaggebende Beamte haben, die sich neben ihrer politischen Organisation für erträgliche Löhne einsetzen. Zur Belebung und besseren Durchführung der Agitation empfiehlt **Wachtendorf** Konferenzen einzelner Distrikte, wie zum Beispiel für das Gebiet der Altmark, Anhalt usw. Besonders günstiges Agitationsfeld bildet das Gebiet Post und Telegraphie. Es gilt, die Organisation schlagkräftig durch die schwere Zeit zu bringen. — **Kollege Lehner** gab einen Ueberblick über die Bewegung auf dem Gebiete Post und Telegraphie, wobei er bedauerte, daß es dort noch immer Kollegen gibt, die sich an den Gedanken nicht gewöhnen können, dem Gesamtverband anzugehören. Zur Reichsaktion Gesundheitswesen sagte **Redner**, daß der Gedanke der Notwendigkeit der Organisation zur Erreichung günstiger Anstellungs- und Lebensbedingungen auch bei dem Pflegepersonal und besonders bei den Krankenschwestern Platz greift. — **Kollege Cilleberg** verbreitete sich über Kassen- und Abrechnungsfragen und erläuterte die Abrechnung nach dem neuen System nach der Verschmelzung. Die Mitgliederzahl im Bezirk beträgt 30 794 in 74 Ortsgruppen. Die Beitragsleistung ist trotz der Krise 11,7 im letzten Quartal. An Unterstützungen aller Art wurden pro Kopf 25,52 Mark ausgezahlt. Bei Klagen vor dem Arbeitsgericht haben wir Erfolge erzielt. Von 60 Klagen wurden 31 im Vergleichsweg und 20 durch Urteil erledigt. Die den Kollegen dabei zugefallene Summe beträgt 5021 Mk. Es muß darauf geachtet werden, daß bei Entlassungen die Einspruchsfrist nicht verstreicht. — **Kollege Drechsler** behandelte die Lohnbewegungen im Transportgewerbe. Die unerhörten Lohnabbauforderungen der Unternehmer gingen bis 20 Prozent. Sie konnten bis auf ein Mindestmaß zurückgewiesen werden. Die Schuld daran, daß auch diese Bruchteile der von den Unternehmern geforderten Abzüge noch geschludert werden müssen, tragen außer der Wirtschaftskrise die Unorganisierten und die kommunistischen Aktionen, die die Stoßkraft der Organisation beeinträchtigen. Die Organisation kann sich mit ihren Erfolgen im Abwehrkampf sehen lassen. — **Kollege Bender** vom Verbandsvorstand zeigte in einem längeren Referat die Ursachen der heutigen Wirtschaftskrise auf und schlußfolgerte, daß diese mit kapitalistischen Mitteln nicht mehr gelöst werden kann. Da die Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus nicht von heute auf morgen erfolgen kann, gilt es jetzt vornehmlich, die Opfer dieser Krise, die Arbeitslosen, vor Verelendung zu schützen. Die Lohnabbauoffensive der Unternehmer hat die deutsche Krise außerordentlich verschärft, weil sie die Kaufkraft gedrosselt und den Inlandsmarkt geschwächt hat. Hebung der Kaufkraft und Senkung der Preise, das sind Mittel, um die Inlandindustrie zu beleben. Der Kampf der Unternehmer gegen die Arbeitslosenunterstützung ist darauf zurückzuführen, daß die Unternehmer eine hungernde Reservearmee haben wollen, die bereit ist, für jeden Lohn zu arbeiten. Wo wären also die Löhne heute, wenn es der Sozialdemokratie nicht gelungen wäre, den Ansturm der Unternehmer auf diesen Arbeiterschutz abzuwehren? **Kollege Bender** beschäftigte sich ausführlich mit den Schäden der preußischen Notverordnung, die fast ausschließlich nur die Unterbeamten trifft. Die Reichsarbeiter haben darunter zu leiden, daß auf den erfolgten Lohnabzug durch die Juni-Notverordnung und unter Hinzurechnung über das geltende Tarifrecht auch noch die Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich zu tragen war. Die Unterhändler für die Postangestellten hatten und haben noch einen schweren Stand, weil sie vor die Alternative gestellt wurden, entweder Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich, oder Massenentlassungen. Neue Kämpfe stehen bevor, da schon wieder eine Tarifkündigung durch die Post im Anmarsch ist. Daß für die Gemeindearbeiter die Lohnkürzung nicht einmal 50 Prozent von dem beträgt, was die Notverordnung gefordert hatte, ist zum großen Teil darauf zurückzuführen, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sich mit aller Kraft für die Gemeindearbeiter eingesetzt hat. Mit derselben Energie wird den Versuchen der Verminderung des Lohnes bei der Post und überhaupt bei allen öffentlichen Betrieben entgegengetreten. — In der **Aussprache** sollte **Kuhnert** (Magdeburg) der Verhandlungskommission volle Anerkennung. Es muß aber alles daran gesetzt werden, der sich wieder zeigenden Lohnabbauwelle so zu begegnen, daß kein weiterer Lohnabbau erfolgt. Der **Redner** nahm zu allen brennenden Organisationsfragen so eingehend Stellung, daß eine weitere Diskussion für überflüssig gehalten wurde. — Es folgte eine Ehrung des Kollegen **Drechsler**, der 50 Jahre in der Arbeiterbewegung seinen Mann gestanden hat, davon 27 Jahre als Angestellter und Führer der Organisation, und

am 1. Oktober in den Ruhestand tritt. Der so Gefeierte erwiderte schlicht: „Es kann niemand mehr geben als er hat, wenn aber jeder das gibt, was er zur Verfügung stellen kann, dann ist es mir um die Arbeiterbewegung nicht bange.“ — Bezirksleiter **Wachtendorf** schloß darauf die Konferenz mit dem Ersuchen, für die Organisation und für die sozialdemokratische Presse als scharfe Waffe im Kampf zu werben und zu wirken.

**Münster (Westfalen)**. Am 21. September hatte die Ortsverwaltung ihre gesamten Funktionäre eingeladen, um das Programm der großen Werbeaktion bekannt zu geben. **Kollege Schmidt** berichtete: Der letzte große Lohnkampf der Gemeindearbeiter und Straßenbahner habe bewiesen, daß der Gesamtverband den Angriff der Unternehmer abgewehrt habe. Die nächste Zeit werde auch nicht spurlos an den Gemeindefacharbeitern, Straßenbahnern und Verkehrsarbeitern vorübergehen. Man müsse gewappnet sein, um jeden Angriff parieren zu können. Hierzu gehöre die restlose Organisierung der Gemeindearbeiter und Straßenbahner in der Front der 700 000 im Gesamtverband. — Dann sprach **Kollege Mildner** über „Das Aktionsprogramm der Ortsverwaltung“. **Redner** teilte mit, daß diese sich entschlossen habe, für jede Fachgruppe oder Abteilung eine Werbewoche anzusetzen, die jedesmal mit einer Versammlung der betreffenden Gruppe ihren Abschluß finde. Auch die anderen der Ortsgruppe Münster angehörnden Fachstellen würden Werbewochen durchführen. Außerdem seien noch drei große Versammlungen in der Werbeaktion geplant. Die letzte dieser großen Versammlungen sei eine öffentliche für alle Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe. Auch die Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe sind genau wie die Arbeiter der Privatbetriebe der Gefahr ausgesetzt, erwerbslos zu werden. In Leipzig sind kürzlich rund 650 Straßenbahner infolge Betriebseinschränkungen entlassen worden. Durch die allgemeine schlechte Wirtschaftslage litten auch die öffentlichen Betriebe und um Betriebseinschränkungen und als deren Folge Entlassungen zu verhüten, sei eine Reduzierung der Arbeitszeit in erträglichem Rahmen aus kollegialem Pflichtgefühl kaum zu vermeiden. In der Diskussion ergab sich, daß alle Funktionäre mit dem Aktionsprogramm einverstanden waren. Zum Schluß sprach dann noch **Kollege B.** über die Bernauer Bundeschule des ADGB, und **Kollege Mildner** verwies auf das Bildungsprogramm des ADGB, das am 3. November beginne.

## RUNDSCHAU

Aus Anlaß meiner 25jährigen Redaktionsstätigkeit sind mir von zahlreichen Körperschaften innerhalb wie außerhalb unseres Verbandes, ebenso von Mitarbeitern unserer Zeitschriften und von so vielen Kollegen und Freunden Glückwünsche und Anerkennung ausgesprochen, daß ich nur auf diesem Wege meinen herzlichsten Dank sagen kann. **Emil Dittmer**.

**Neuregelung der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge.** Die Reichsregierung hatte die Absicht, an der Arbeitslosenversicherung durch den Vorstand der Reichsanstalt drei Änderungen vornehmen zu lassen. Erstens sollten die Unterstützungen allgemein auf die Sätze der Krisenfürsorge herabgedrückt werden. Zweitens sollte darüber hinaus noch eine Verkürzung der Sätze für die Ledigen eintreten. Drittens war eine Verkürzung der Bezugsdauer von 26 auf 18 Wochen, für Saisonarbeiter auf 14 Wochen geplant. Den Vorstellungen des ADGB und der SPD ist es gelungen, die Regierung zum Verzicht auf die beiden ersten Pläne zu bewegen und die Herabsetzung der Bezugsdauer um zwei Wochen zu mildern, das heißt die Bezugsdauer der Arbeitslosenunterstützung wird nur auf 20 Wochen gekürzt und nicht auf 18, wie die Regierung wollte. Außerdem soll die jetzige Maßnahme der Reichsanstalt ihre Ergänzung dadurch finden, daß die Bezugsdauer für die Krisenunterstützung entsprechend verlängert wird, so daß die Erwerbslosen nicht früher in die Wohlfahrts-erwerbslosenfürsorge übergehen müssen als bisher. Eine entsprechende Verordnung des Reichsarbeitsministeriums soll bald erlassen werden. Gegenwärtig beträgt die Dauer der Krisenfürsorge 32 Wochen. In besonderen Fällen, namentlich für über 40 Jahre alte Personen, kann sie bis zu 39 Wochen verlängert werden. Für berufsunfähige Arbeitslose tritt auf Grund der Notverordnung vom Juni zu den 32 oder 39 Wochen eine Verlängerung um 6 Wochen, so daß hier im allgemeinen die Laufdauer der Krisenfürsorge schon jetzt 38 bis 45 Wochen beträgt. Die geplante weitere Verlängerung der Krisenfürsorge wird voraussichtlich der Verkürzung der Bezugsdauer der Arbeitslosenversicherung entsprechen. Die Dauer der Krisenfürsorge wird also im allgemeinen um 6 und für Saisonarbeiter um 4 Wochen verlängert werden. Das bedeutet eine Verlängerung für die einzelnen Kategorien auf 38 bis 49 Wochen.

## „Wahn-Europa 1934“

### IV.

Don rechts faucht eine Gruppe herbei, um die Landrug von ihrem Sitz herunterzuzerren. Die Saalpolizei wirft sich den Angreifern entgegen. Machtlos erhallt die Glocke des Präsidenten. Die Bänke rechts und in der Mitte leeren sich, zahlreiche Abgeordnete verlassen den Saal: „Wir kommen erst wieder, wenn der Schmierenschauspieler seine Rolle ausgespielt hat.“

Den Tumult durchschlägt Brandts bebende Stimme: „Man hat mich Verräter beschimpft! Sehen Sie mir gut ins Gesicht — und Sie erkennen das Gesicht Frankreichs! Hören Sie meine Worte — und Sie vernehmen den Herzschlag von Millionen.“

Bänke und Tribüne drohen unter dem brüllenden Widerspruch einzustürzen. Es wird getrampelt, auf Schläffeln gepfiffen, Pultdeckel knallen hoch und herunter. Dazwischen knattert das Händeklatschen der Sozialisten.

Humette schreit in den Saal: „Sie benutzen Ihre Immunität zur Beschimpfung Frankreichs!“

Ein paar Duzend Abgeordnete stürzen sich auf das Rednerpult, Brandt herunterzureißen. Die Sozialisten decken ihren Führer mit ihren Leibern; Brouques Schmiedefäuste überragen das Getümmel. Die Landrug gießt höhnvolle Worte über das Handgemenge.

„Die rothaarige Dettel soll in Moskau ein Bordell aufmachen!“ brüllt ein Abgeordneter. Er hat noch nicht ausgerebet, da schleudert ihn eine schallende Ohrfeige in die Ministerbank. Rhées Hand ist feingliedrig, aber stark genug, einen Beleidiger niederzuschlagen.

Die Saalpolizei ist machtlos. Dragoner rücken in den Sitzungssaal ein. Ueber die Helme und blanken Säbel der Dragoner rauschen Brandts Worte hinweg:

„Die Regierung fordert Blankovollmacht! Ich garantiere Ihnen, Herr Saint Brice füllt sie sehr bald nach eigener Willkür aus! Er hat sich in seiner eigenen Schlinge gefangen. Aber vorher hätte er eine Millionenfront zu durchbrechen! Es kann Ihnen zum Hals herauswachsen, meine Herren!“

Saint Brice drängt sich durch die Bewaffneten zur Rednertribüne. „Ihre Drohung erschreckt mich nicht!“ ruft er mit blutleerem Gesicht hinauf. „Sollen wir die Narbe auf Ihrer Stirn als Kainszeichen deuten?“

Brandt stößt die geballten Fäuste steil in die Luft, die Stirn narbe wird zum glühenden Band. Wie ein Aufschrei entfährt es seinem Munde: „Notwehr! Notwehr! Wir haben es satt, Europa mit Menschenblut zu düngen!“

„Ich habe die Regierung gewarnt! Ich warne die Vertreter des Volkes! Die Zeiten sind vorüber, daß sich Nationen in verbrecherische Abenteuer stürzen ließen, ohne aufzutreten. Wir haben nicht den Willen zur Selbstverstümmelung Frankreichs! Heißen Sie keinen Schritt gut, der uns der Katastrophe in die Arme treibt! Herrn Capponi zur Besinnung zu bringen, wenn er Frankreich seinen Cäsarenabsatz zeigen sollte, dafür werden dieselben Millionen sorgen, die jetzt der Regierung die Gefolgschaft verweigern! Meine Fraktion spricht im Namen des arbeitenden Volkes dem Kabinett Saint Brice das tiefste Mißtrauen aus, betrachtet es als schädlich und unfähig. Wir fordern den Rücktritt der Regierung!“

Der Beifall von hundertzwanzig Sozialisten überschüttet Brandt, der jetzt langsam die Stufen herabsteigt. Schmährufe und Hohngelächter der Gegner gewinnen die Oberhand, durch die Türen drängen wieder die Abgeordneten herein, die im Anfang der Rede voller Verachtung hinausgestürmt waren. Der Präsident redet, ohne verstanden zu werden.

Die Abstimmung beginnt. Auf den Tribünen und in den Abgeordnetenbänken recken sich die Häuse. Ungeheure Spannung bemächtigt sich aller Anwesenden.

Unruhe und tiefe Enttäuschung: sechsendreißig Abgeordnete der Regierungsparteien stimmen gegen die Regierung. In der Nacht waren alle dafür gewesen! Hat Brandts Rede die Sechsendreißig bekehrt?

Das Nein der hundertzwanzig Sozialisten wird mit Ausrufen der Verachtung aufgenommen.

Dann malt sich auf allen Gesichtern grenzenloses Erstaunen: die Kommunisten stimmen mit Ja! Will sich die Erde plötzlich nach der anderen Richtung drehen? Kommunisten unterstützen die Vollmacht, die Mobilmachung und Krieg bedeuten kann? — Ein Schauer geht durch die Herzen. Der Hohn schreit allen ins Gesicht. Die Taktik der Kommunisten offenbart sich in ihrer Skrupellosigkeit. Ja, sie wollen die Mobilmachung, den Krieg! So leicht bekommen sie nicht wieder Kanonen, Maschinengewehre und Hand-

granaten in die Finger! Jawohl, Krieg! Aber anders, als Herr Saint Brice sich das gedacht hat!

Der Präsident verkündet das Ergebnis der Abstimmung: hundertsechsendreißig Nein-Stimmen, weit mehr als das Doppelte betragen die Ja-Stimmen. Die Regierung hat einen glänzenden Sieg errungen! Händeklatschen, Jubel, Taumel. Berauschen sich die Ja-Sager an ihrer eigenen Begeisterung, um das Gespenst zu übersehen, das mit unhörbarem Gelächter durchs Palais Bourbon schleicht? Dreihundertzwei Kommunisten stimmten für Krieg! Uebertönt die angestimmte Marzellaise jenes unhörbare Händeklatschen aller Kommunisten der Welt?

Mit kalter Siegesgewißheit in den Augen marschieren die Dreihundertzwei zum Saal hinaus. Aus der Nebentür verlassen, von Brandt geführt, die Sozialisten den Saal. Brandt hat den Kopf tief geneigt, als hätte er eine tödliche Wunde empfangen.

Hinter den abziehenden feindlichen Brüdern brausen die heißen Rhythmen der Marzellaise, im voraus schon dem Regiment anfeuernd, die vielleicht morgen schon dem feindlichen Trommelfeuer entgegenmarschieren... \* \* \*

Die Ermordung eines sozialistischen Abgeordneten und die Festsetzung Brandts hat die Fackel des Aufruhrs in die Menschenmassen geworfen. Unversehens war der Kampf losgebrochen. „Brüder, rächt Brandt! Angriff!“ Soldaten und Zivilisten vermischten sich im Au. Mann gegen Mann, Kehle gegen Kehle entbrannte das Gemetzel. Eingekeilt zwischen dem Ministerium und der Seine gab es für die Auführer kein Entrinnen. Dolche und Revolver flogen aus den Taschen. Die Tiere verbißen sie sich ineinander. Ueber den Pont Alexandre preschte ein Panzerauto heran. Ein Teil der Massen, der sich flüchtend schon bis zur Mitte der Brückenbahn gewälzt hatte, um das andere Ufer zu erreichen, wurde vom auftauchenden Panzerauto zurückgejagt. In wilder Panik drängten sich Hunderte gegen das Brückengeländer. Die Maschinengewehre des gepanzerten Autos feuerten ohne Erbarmen. Zahllose Menschen wurden über die Leichenberge und die Geländer hinweggepölpelt und in die Fluten der Seine gestoßen. Schreie Ertrinkender erschütterten die Nacht.

Jetzt donnerten drüben am Quai des Tuileries auch Geschütze. Granate um Granate heulte über den Fluß. Menschenhaufen zerlegten. Das Panzerauto mähte sich seinen Weg. — Im Süden, vom Hotel des Invalides her, schmetterten Kavalleriesignale. Pferdehufe galoppierten. Schwadronen ritten gegen den Pont Alexandre an. Vor ihnen her keuchten gehetzte Mententiere.

Den Kessel sprengen! Mehr wollten im Augenblick die umzingelten Massen nicht. Die Attacke der Schwadronen brach sich in den Bergen von Menschenleibern. Jetzt setzte die Flut der Gehezten von neuem an. Jenseits der aufgerissenen Schwadronen winkte freie Fläche und Freiheit! Eine brüllende, tosende Lawine übersprang den breiten Wall von Leichen, durch die aufgelöste Kavallerie hindurch. Was nicht totgetrampelt wurde, geriet in den verzweifeltesten, klagenden Strom, der nach Westen abrauschte wie ein wütender Fluß, der seine Dämme durchstieß.

Die Menschenschwaden ergossen sich in die Straßen, die nach Südwesten zum Champ de Mars führen. Die ungeheure Fläche des Champ de Mars verwandelte sich in Minuten zu einem chaotischen Menschenmeer. Noch sind hier keine Truppen, nur schwache Polizeiaufgebote, die erschlagen werden. Ziellos, wie Tiere, die ihren Käfigen entspringen, ballen sich hier sechstausend, siebentausend Kreaturen zusammen, ohne klares Bewußtsein ihres Tuns, dumpfen Trieben preisgegeben, brüllend, Mordlust oder Angst in den Augenhöhlen, jeder in jedem den Feind witternd und doch alle zusammengehalten von einem dumpfen Gefühl der Zusammengehörigkeit, aneinandergekettet von der Sinnlosigkeit oder Notwendigkeit desselben Schicksals. Trümmer eines Revolutionsheeres, das auszog, eine neue Freiheit, ein neues Frankreich zu gebären.

Da springt plötzlich ein Wille auf, der sich der Herde bemächtigt. Jrgendwo brach er auf, von irgendwo brach er ein in die Gehirne.

Der Eiffelturm! Der Eiffelturm muß erobert werden! Das eiserne Ungetüm, das mit grellen Lichtern über dem Chaos thront! Ist es nur ein aus dem Nichts aufstündender Haß, der ein Wahrzeichen französischer Vergangenheit umstürzen will, nur weil es eben ein Teil einer gehassten Vergangenheit ist? Oder glaubt sich die gehetzte Masse oben auf den Plattformen des Metallriesen sicherer? Denn jede Minute können Truppen nachstoßen!